



Tutzinger Blätter

2·90

Informationen aus der Evangelischen Akademie Tutzing

Das »Europa der Mauern« gehört der Vergangenheit an. 1989 haben seine Grenzen mehr und mehr das Trennende verloren.

Versöhnung und Zusammenarbeit rücken in greifbare Nähe.

In dieser Situation des Aufbruchs richtet sich das besondere Interesse der Weltöffentlichkeit auf die beiden deutschen Staaten.

Doch wieviel Zeit ist nötig, bis das zusammenwächst, was zusammengehört?

Willy Brandt im Gespräch mit Kurt Masur



Hans-Dietrich Genscher

Zur deutschen Einheit im europäischen Rahmen

Die Mütter und Väter haben uns ein Grundgesetz geschenkt, das für unser Verhalten einen Auftrag gibt, der weiter reicht, als die meisten, die das Grundgesetz zitieren, es sagen: Wir sollen dem Frieden der Welt dienen, ein gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa werden und die nationale und staatliche Einheit der Deutschen wahren. Unsere Verfassung hat also schon unser nationales Ziel in einen europäischen Zusammenhang und unter die Verantwortung für den Frieden gestellt. Dieser Auftrag der Verfassung ist die Absage an die Machtpolitik der Vergangenheit, er verlangt Verantwortungspolitik.



Foto: Harald W. Seitzwein

Hans-Dietrich Genscher, Außenminister der Bundesrepublik Deutschland: »Es wird die deutsche Einheit nicht ohne Europa geben, und es wird die Einheit Europas nicht um die Deutschen herum geben.«

Thomas Mann hat schon 1953 eindringlich bekundet, was das heißt: Wir wollen nicht ein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland.

Die Deutschen in der DDR sind jetzt dabei, ihre Position zur deutschen und europäischen Zukunft zu bestimmen. Sie können das zum ersten Mal tun. Die Programme der Parteien, die sich am 18. März 1990 zur Wahl stellen wollen, suchen wie wir die Einheit in Europa. ▶

Die Menschen allerdings, die an den friedlichen Demonstrationen teilnehmen, sind in vielem noch drängender als die Programme der Parteien.

Am Abend des 18. März 1990 wird die ganze Welt genauer wissen, welchen Weg die Menschen in der DDR gehen wollen. Man wird es wissen durch eine Entscheidung in – hoffentlich – freier, geheimer und gleicher Wahl, und man wird es genauer wissen, weil der Wahlkampf neben der Entscheidung über die künftige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die Frage der Einheit als zentrales Thema haben wird.

Die Einheit von unten ist auf dem Wege

Aber es wäre falsch, anzunehmen, daß man bis dahin nichts oder nur wenig tun könne. Das Zusammenwachsen und die Vernetzung der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte ist in vollem Gange, die Einheit von unten ist auf dem Wege. Eine Vielzahl von Einzelverbindungen, steigender Tourismus, Patenschaften, bis in den letzten Winkel des Vereinslebens, schreiten voran. Das schafft unumkehrbare Fakten.

Diese deutsch-deutsche Durchdringung vollzieht sich keinesfalls als Einbahnstraße nur von West nach Ost. Ich bleibe bei meiner Feststellung vom Oktober: Nichts wird mehr so sein wie es war, weder in der DDR, noch bei uns, noch in Europa. Die politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland bleibt nicht unbeeinflusst von dem urdemokratischen Aufbruch in der DDR; auch bei uns wird wieder mehr gefragt und auch anders und anderes.

Viele Fragen stellen sich neu und neue kommen auf. Neues Denken ist auch bei uns gefordert, und manches sehr laute Ja zur deutschen Einheit wird noch auf den Prüfstand des Wohlstands kommen. Staatliche Zusammenarbeit ist heute schon möglich und dringlich geboten. Hilfe für die Infrastruktur und Telekommunikation, beim Umweltschutz und Hilfe bei der durchgreifenden Verbesserung der medizinischen Versorgung dulden keinen Aufschub. Das Sozialversicherungssystem der DDR braucht, wenn es nicht zusammenbrechen soll, unsere Hilfe. Ich fürchte, es wird derzeit durch die Gelddruckmaschinen finanziert.

Einheit in nationaler Solidarität

Die Wirkung privater Investitionen hängt weitgehend von dem Maß der wirtschaftlichen Reformen ab, zu denen

sich die amtierende Regierung entschließt. Mit privaten Investitionen sind sowohl Eigeninvestitionen Deutscher in der DDR gemeint wie Investitionen aus dem Westen. Wirtschaftliche Reformen sind auch erforderlich, um die Voraussetzungen für die dringend gebotene Wirtschafts- und Währungsunion zwi-

schen den beiden deutschen Staaten zu schaffen. Gutes Geld für gute Arbeit ist ein legitimer Anspruch auch für die Deutschen in der DDR. Alles, was hier dargelegt wurde, kann jetzt schon begonnen werden. Die »Einheit in nationaler Solidarität« kann und muß sofort beginnen. Es ist die Einheit der prakti-

schon Schritte. Sie berührt kein Recht eines anderen Staates, sie berührt keinen der von den beiden deutschen Staaten geschlossenen Verträge, und sie berührt auch nicht die Bündnisse, denen sie angehören. Es ist praktisch und faktisch viel mehr möglich, als die meisten annehmen.

Aber eine sich so entwickelnde »Einheit in nationaler Solidarität« liegt natürlich schon in der Perspektive der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Sie wird reale Perspektiven für die Deutschen in der DDR eröffnen. Das ist angesichts steigender Zahlen von Übersiedlern aus der DDR dringlich.

g

Ihr Weggang schafft natürlich auch Probleme für die Bundesrepublik Deutschland, wenngleich angesichts der hohen Integrationsfähigkeit weniger Probleme da sind, als eine aufgeregte öffentliche Diskussion vermuten läßt.

Die deutsche Einheit gibt es nicht zum Nulltarif

Das wirkliche Problem entsteht in der DDR, die durch eine quantitative und qualitative Auszehrung zusätzliche Probleme zu den schon zahlreich vorhandenen bekommt. Mit der »Einheit in nationaler Solidarität« können wir der staatlichen Vereinigung vieles vorwegnehmen. Wir dürfen dabei keine Zeit verlieren. Die Vorverlegung der Volkskammerwahlen auf den 18. März 1990 wird es möglich machen, daß wir schon in weniger als zwei Monaten die Verhandlungen mit einer demokratisch legitimierten Regierung führen können.

Die Politik in der Bundesrepublik Deutschland hat schon jetzt die Verantwortung, den Bürgern offen zu sagen, daß erhebliche Leistungen notwendig sein werden, wenn wir der DDR einen neuen Weg eröffnen wollen. Die deutsche Einheit gibt es nicht zum Nulltarif, weder politisch noch wirtschaftlich noch finanziell – über das Politische wird noch zu reden sein. Schon jetzt aber kann festgestellt werden, daß alle diese Leistungen langfristig für die Deutschen in West und Ost vorteilhafter sind als eine fortdauernde, möglicherweise ansteigende Zahl von Übersiedlern.

Denn diese Leistungen sind auch ein Beitrag zur Stabilität in der DDR und damit in Europa. Unser Wille zur umfassenden Zusammenarbeit mit der DDR und zur Hilfe für die DDR wird nicht zu Lasten unserer Zusammenarbeit und Hilfe für die anderen Staaten Mittel- und Osteuropas gehen dürfen.

Die Geschichte der Freiheitsrevolution von 1989 hat gezeigt, daß die Freiheitsentwicklungen in den Staaten des Warschauer Paktes in einem engen Verhältnis zueinander stehen. Für ihre Stetigkeit, für ihre Dynamik und ihren Erfolg gilt das auch. Stillstand oder gar Scheitern des Reform- und Demokratisierungsprozesses in *einem* Land kann schwerwiegende Auswirkungen auf die anderen haben.

Vertrag über den Weg der deutschen Einheit in Europa

Wenn de facto und durch deutsch-deutsche Vereinbarungen schon heute, das heißt vor dem 18. März 1990, vieles möglich ist, dann ist nach dem 18. März ▶

der Zeitpunkt gekommen, durch demokratisch legitimierte Regierungen und Parlamente das künftige Verhältnis der beiden deutschen Staaten und die Zukunft des deutschen Volkes zu bestimmen. Die Erklärungen des sowjetischen Außenministers *Schewardnadse* im Dezember 1989 und im Januar 1990 und vor allem die gestrige Erklärung des sowjetischen Präsidenten *Gorbatschow* zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten zeigen zutreffende Analyse, Realismus und Weitblick. Sie geben den Weg frei für eine konstruktive und auf Dynamik bedachte Europa- und Deutschlandpolitik.

Zur Zukunft der Deutschen enthält der Grundlagenvertrag einen *modus vivendi*: Nebeneinander stehen der Anspruch der Bundesrepublik Deutschland auf Einheit und der Anspruch der DDR auf dauernde Zweistaatlichkeit. Ein weiterführender Vertrag muß die Antwort auf die Zukunft der Deutschen auf dem Weg zur Einheit geben. Er muß den Rahmen für den deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß schaffen. Aber er soll diesem Prozeß keine Zwangsjacke anlegen, auch keine zeitliche. Manches wird dann schneller gehen und manches wird mehr Zeit brauchen.

Durch einen solchen »Vertrag über den Weg zur deutschen Einheit in Europa« können die beiden Regierungen den Erwartungen der Deutschen gerecht werden. Sie sind gut beraten, wenn sie den Bürgern in beiden deutschen Staaten zum richtigen Zeitpunkt durch Wahl einer verfassunggebenden Versammlung die Möglichkeit geben, ihre Auffassung zum Ausdruck zu bringen. Mit dem Entwurf eines solchen Vertrages, der Weg und Ziel definieren muß, erlangen aber die deutsch-deutschen Beziehungen eine Qualität, die nicht mehr nur uns Deutsche betrifft.

Diese neue Qualität hat die europäische Struktur und Architektur zu beachten, sie berührt die Vier-Mächte-Verantwortung, und sie berührt die bestehenden Bündnisse. Beide deutsche Staaten sind deshalb aufgerufen, dem Streben nach nationaler Einheit nicht nur eine deutsche, sondern auch eine europäische Antwort zu geben. Diese Antworten müssen sich einfügen in die künftige Architektur Europas.

Das ist die europäische Berufung der Deutschen, sie ist begründet in der Geschichte, sie ist begründet in unserer geographischen Lage Deutschlands, und sie ist begründet auch in dem Gewicht der Deutschen für die künftigen Entwicklungen in Europa. Die Deut-

schen haben damit die Chance, der Motor zur Überwindung der Spaltung Europas zu werden.

Es geht also darum, *erstens* den deutschen Rahmen für den Vereinigungsprozeß und *zweitens* den europäischen Rahmen zu entwickeln, in dem die Deutschen zueinander finden können. Es geht um die Bestimmung des Standorts der Deutschen in einem künftigen Europa. Diese Frage bewegt die europäischen Nachbarn mehr, als die Einzelheiten des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses.

Fest steht: Wir Deutsche wollen, wie alle Europäer, daß mehr und nicht weniger Sicherheit und Stabilität geschaffen werden. Wir wollen Einheit nicht zu Lasten Dritter.

Mitgliedschaft in der EG und in der NATO ist unwiderruflich

Die erste Frage, die wir Deutschen zu beantworten haben, ist: Was soll vereinigt werden? Die Antwort ist eindeutig: die beiden deutschen Staaten einschließlich Berlin. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Eine Grenzgarantie an alle unsere Nachbarn muß die erste gemeinsame Willensbekundung der beiden freigeählten deutschen Parlamente und Regierungen sein. Die Bundesrepublik Deutschland muß sodann die Frage beantworten, wie sie es im Falle der deutschen Einheit mit ihrer Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und im westlichen Bündnis hält.

Die Antwort ist eindeutig: Unsere Mitgliedschaft in der EG im Falle der Einheit ist unwiderruflich und der Wille zu fortschreitender Integration hin zur politischen Union auch. Das gleiche gilt für die Mitgliedschaft im westlichen Bündnis. Ein neutralistisches Deutschland wollen wir nicht.

Die Europäische Gemeinschaft wird ein Bauelement der Europäischen Friedensordnung vom Atlantik bis zum Ural oder auch des gemeinsamen europäischen Hauses sein. Sie ist schon heute ein Stabilitätsanker für Europa. Die Sowjetunion und die anderen europäischen Mitgliedstaaten des RGW tragen dieser Realität durch eine energische Intensivierung ihrer Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft Rechnung. Kooperations- und Assoziierungsverträge sollen verhandelt werden oder sind schon abgeschlossen. Einige dieser Staaten sehen Kooperation und Assoziierung in der Perspektive späterer Mitgliedschaft in der EG.

Drei EG-Optionen für die DDR

Für die DDR hat Kommissionspräsident *Delors* drei Optionen eröffnet, die alle drei dem seit Beginn der EG bestehenden Sonderverhältnis zur DDR Rechnung tragen. Es sind dies:

1. Ein Kooperations- und Assoziierungsvertrag;
2. Die Möglichkeit der Stellung eines Antrags auf Mitgliedschaft, der abweichend von der allgemeinen Regel schon vor dem 1. 1. 1993 verhandelt werden könnte;



Unterschiedliche Vorstellungen vom künftigen Deutschland: Der Schriftsteller und Mitinitiator der Tagung, Günter Grass, im Gespräch mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker (rechts). Links im Bild der Bruder des Bundespräsidenten, der Friedensforscher und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker.

Foto: Harald W. Setzwein

3. Eintritt in die Europäische Gemeinschaft über die Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland.

Mir scheint, daß die Sequenz der Option Eins und dann Drei wahrscheinlicher ist, als die Option Zwei. Diese drei Optionen sind Angebote, über die die DDR nach dem 18. März 1990 in eigener souveräner Entscheidung zu befinden hat. Für die Option Eins hat sich die amtierende Regierung mit dem Aide Memoire vom 24. November 1989 schon jetzt entschieden.

Diese Optionen für die DDR sollten begleitet werden von realistischen Optionen der Europäischen Gemeinschaft für alle europäischen RGW-Länder einschließlich der Sowjetunion:

1. Handels-, Kooperations- und Assoziierungsabkommen und politische Konsultationen mit der EPZ.
2. Mitarbeit in den internationalen Wirtschafts- und Finanzgremien wie GATT, INF, Weltbank, OECD etc. Eine schrittweise Mitwirkung unter Einschluß des Beobachterstatus kann zweckmäßig sein.
3. Mitgliedschaft oder Beobachterstatus im Europarat. Beitritt zur europäischen Menschenrechtskonvention und Ausdehnung der Zusammenarbeit des europäischen Menschenrechtsgerichtshofes auf ganz Europa.
4. Mitgliedschaft mit allen Rechten und Pflichten in der gegründeten Europäischen Entwicklungsbank.

KSZE-Prozeß als Ort der Stabilitätspartnerschaft zwischen Ost und West

Mit diesen Möglichkeiten kann die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit in ganz Europa wesentlich zu einer gesamteuropäischen Vernetzung beitragen. Das dient der Einheit Europas, aber es ist zugleich ein Element der europäischen Einbettung der deutschen Vereinigung. Die gesamteuropäische Vernetzung muß ihren Rahmen im KSZE-Prozeß finden. Dort muß eine neue Architektur für Europa entstehen.

Für die dynamischen, dramatischen und zum Teil revolutionären Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa einschließlich der Sowjetunion muß der KSZE-Rahmen zu einem Stabilitätsrahmen werden. Stabilitätspartnerschaft zwischen West und Ost ist jetzt gefordert. Der KSZE-Prozeß muß zum Ort dieser Stabilitätspartnerschaft zwischen West und Ost werden. Alle KSZE-Staaten müssen an Dynamik in Stabilität interessiert sein. Das Angebot des Westens zur Stabilitätspartnerschaft – die

eine politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Dimension hat – ist ein bedeutsamer westlicher Beitrag zum Erfolg der Reform- und Demokratisierungspolitik.

Die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion beachten

Angesichts der Entwicklungen im RGW und im Warschauer Pakt wird es notwendig sein, den Sicherheitsinteressen der Sowjetunion besondere Beachtung zu schenken. Wie die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa verlaufen, ist nicht klar voraussehbar – zwei Tendenzen zeichnen sich ab:

■ Die europäischen Mitgliedstaaten des RGW einschließlich der Sowjetunion orientieren sich immer stärker zur EG hin; dem kann durch die dargestellte Vertragspolitik Rechnung getragen werden. Das ist – zumal mit der Aktion der 24, ein zusätzlicher Stabilitätsbeitrag.

■ Im Warschauer Pakt verstärkt sich in Polen, in der CSSR und in Ungarn der Wunsch nach Abzug der sowjetischen Streitkräfte. Welche Auswirkungen das auf die Struktur und auf die Zukunft des Warschauer Pakts hat, kann derzeit nicht genau bestimmt werden. Es handelt sich dabei allein um eine Angelegenheit des Warschauer Pakts. Das Gebot der Nichteinmischung ist hier besonders ernst zu nehmen.

Sache der NATO ist es, eindeutig zu erklären: Was immer im Warschauer Pakt geschieht – eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten, das heißt, näher an die Grenzen der Sowjetunion heran, wird es nicht geben. Diese Sicherheitsgarantien sind für die Sowjetunion und ihr Verhalten von ele-

mentarer Bedeutung. Der Westen muß auch der Einsicht Rechnung tragen, daß der Wandel in Osteuropa und der deutsche Vereinigungsprozeß nicht zu einer Beeinträchtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen führen darf.

Die dafür erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, wird ein hohes Maß an europäischer Staatskunst verlangen. Vorstellungen, daß der Teil Deutschlands, der heute die DDR bildet, in die militärischen Strukturen der NATO einbezogen werden sollte, würden die deutsch-deutsche Annäherung blockieren. Die Mitgliedschaft unseres Teils muß bleiben. Über den Sonderstatus der DDR wird man nachzudenken haben.

Bedeutsam ist dabei, sich Klarheit über die künftige Rolle der beiden Bündnisse zu verschaffen. Sie werden von der Konfrontation zur Kooperation übergehen und schließlich Elemente kooperativer Strukturen der Sicherheit in ganz Europa werden. Das westliche Bündnis wird nach dem Willen seiner Mitglieder fortbestehen, denn die Bündnisse haben auch in Zukunft eine friedenssichernde und stabilisierende Funktion. Das schließt unseren Verbleib in der NATO ein. Ein deutscher Neutralismus würde niemandem nutzen.

Neue Rollen für die Bündnisse

Die USA sind durch ihre Mitwirkung am KSZE-Prozeß in die Verantwortung für die Zukunft Europas einbezogen. Daß beide Großmächte diese Mitwirkung für wichtig und nützlich halten, ist zuletzt beim amerikanisch-sowjetischen Gipfel in Malta klar zum Ausdruck gekommen. Die amerikanische Rolle für

Sicherheit und Stabilität in Europa hängt von dem Fortbestand des westlichen Bündnisses ab, die sowjetische Rolle in Europa wird schon von ihrer Lage in Europa, von ihrer Größe und auf der euro-asiatischen Seite von der

Landmasse bestimmt. Beide Bündnisse sind allerdings aufgerufen, ihre Rolle mehr und mehr politisch zu definieren.

Die Streitkräfte werden eine immer stärkere Rolle bei Vertrauensbildung und Verifikation übernehmen. Die Rol-

le der Bündnisse für die Abrüstung und ihre stabilisierende Rolle gerade in der gegenwärtigen Entwicklung sollte nicht gering eingeschätzt werden. Die Entwicklung kooperativer Sicherheitsstrukturen – in denen später die Bündnisse aufgehen können – muß den Weg der Bündnisse von der Konfrontation zur Kooperation sichern.

Auftrag und Doktrinen der Bündnisse müssen mit der politischen Entwicklung Schritt halten. Geht diese über sie hinweg, so werden sie ihre stabilisierende Funktion verlieren. Der Westen darf bei seinen Bedrohungsanalysen und bei der Bewertung des Kräfteverhältnisses die Tatsache, daß im Warschauer Pakt Demokratien entstehen, nicht außer acht lassen. Aber der Warschauer Pakt darf nicht übersehen, daß der Westen als Bündnis von Demokratien weder die Absicht hat, noch in der Lage ist, den Osten anzugreifen.

Ohne Abrüstung keine Einheit in Europa

Auch für die Abrüstung gilt, daß sie den Anschluß an die politische Entwicklung nicht verlieren darf. Der Vorschlag, den der amerikanische Präsident heute bekanntgeben wird, nämlich die Streitkräfte der beiden Großmächte in der zentralen Zone auf 195 000 Mann zu reduzieren, ist ein weiterer wichtiger Schritt. Ohne entschlossene Schritte zur Abrüstung keine Einheit Europas und keine Einheit der Deutschen. Um diese Erkenntnis wird niemand herumkommen.

Aufgabe der Abrüstung ist es, die militärischen Elemente des West-Ost-Verhältnisses durchgreifend zu reduzieren und die Streitkräfte auf das zur Verteidigung wirklich unverzichtbare Mindestmaß zu reduzieren. Auch die Streitkräfte der Stationierungsländer müssen in Wien II einbezogen werden. Hier zeigt sich, daß die sowjetische Politik der Öffnung kühne Schritte zur Abrüstung möglich macht.

Auf die konventionellen Abrüstungsverhandlungen Wien I müssen ohne Pause die Verhandlungen über Wien II folgen. Das gleiche gilt für die Wiener Verhandlungen über Vertrauensbildende Maßnahmen. Auch hier muß auf Wien I ohne Pause Wien II folgen.

Mit dem Beginn der Implementierung von Wien I ist der Weg frei für die Verhandlungen über die nuklearen Kurzstreckenraketen. Auch die nukleare Artillerie muß in die Abrüstung einbezogen werden. Wenn 1990 das Jahr der Abrüstung werden soll, dann ▶



Fa t wie am Runden Tisch: Vertreter der DDR-Opposition stellten in Tutzing ihre Programme vor (v. l. n. r.): Gerhard Bäcker (DIE GRÜNEN), onja Schröter (früher Demokratischer Aufbruch), Kurt Masur, Jens Reich (Neues Forum), Ibrahim Böhme (SPD) sowie Ludwig Mehlhorn (Demokratie Jetzt).

Foto: Harald W. Setzwein

müssen die beiden Abkommen noch 1990 abgeschlossen werden. Dasselbe gilt für das weltweite Verbot der C-Waffen und für die fünfzigprozentige Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen der beiden Großmächte.

**KSZE-Gipfel 1990:
Ein neues Kapitel in der
europäischen Geschichte**

Die KSZE-Gipfelkonferenz, auf der die beiden Abrüstungsabkommen von Wien unterzeichnet werden sollen, wird zum Ausgangspunkt eines neuen Kapitels in der europäischen Geschichte werden. Die EG-Außenminister haben sich in Dublin auf eine solche Gipfelkonferenz verständigt. Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland sehen in der Abhaltung dieser Konferenz 1990 einen wichtigen Beitrag zur Stabilität und zur West-Ost-Annäherung.

Ich appelliere an alle Staaten, diese Bedeutung zu erkennen und den Gipfel auch substantiell vorzubereiten. Diese Konferenz wird sich signifikant von allen vorangegangenen KSZE-Treffen, vor allem natürlich von dem Gipfeltreffen 1975 in Helsinki, unterscheiden.

Damals kamen die Staaten aus antagonistischen Systemen mit einer konfrontativen Sicherheitspolitik zusammen mit den neutralen und ungebundenen Staaten an den Verhandlungstisch. Unterschiedliche Wertvorstellungen waren für sie bestimmend und daraus folgend gänzlich unterschiedliche politische, gesellschaftliche und soziale Ordnungen. Die Verständigung auf die Schlußakte von Helsinki mutet im Nachhinein wie ein wahres Wunder an.

Das Vertrauen ihrer Befürworter in ihre Dynamik wurde gerechtfertigt, der Kleinmut ihrer Gegner widerlegt. Das Desinteresse derjenigen, die der Schlußakte zwar zustimmten, sie aber nicht ernst nahmen, wurde sehr bald von einem sehr wachen Interesse abgelöst. Beide deutsche Staaten standen sich damals so antagonistisch gegenüber wie die Bündnisse, denen sie angehören. Und doch hatten sie einen unverzichtbaren Beitrag zum Zustandekommen der Helsinki-Konferenz geleistet.

Die Ostverträge der Bundesrepublik Deutschland, der Moskauer Vertrag, der Warschauer Vertrag, der Vertrag mit der CSSR und der Grundlagenvertrag mit der DDR waren geschlossen. Das Viermächte-Abkommen für Berlin kam zustande. Die beiden deutschen Staaten hatten aber unterschiedliche Vorstellungen von der gemeinsamen

deutschen Zukunft, als sie sich 1975 in Helsinki versammelten.

Wenn es diesmal zum KSZE-Gipfeltreffen kommt, werden die 35 Staaten nicht im Zeichen der Konfrontation zusammenkommen. Das gilt politisch, wirtschaftlich und militärisch. Und es gilt auch, zu beachten, daß die Wertvorstellungen nun übereinstimmen, daß die Verpflichtungen der Schlußakte von Helsinki zu Menschenrecht und Menschenwürde überall Realität zu werden beginnen.

Ohne das Ergebnis der Wahlen in der DDR vorwegnehmen zu wollen – das bleibt die souveräne Entscheidung der Deutschen dort –, kann doch davon ausgegangen werden, daß am Tisch des KSZE-Gipfels 1990 zwei demokratisch gewählte deutsche Regierungen sitzen werden, die sich in ihrem Willen zur Einheit einig sein werden und die sich schon auf dem Wege dorthin befinden. Und wieder wird es entscheidend auf ihre Haltung ankommen, ob erneut ein neues Kapitel in der Geschichte Europas aufgeschlagen werden kann.

Erneut muß sich die europäische Berufung der Deutschen, muß sich ihre Verantwortungsgemeinschaft bewähren. Sie müssen der Motor sein in der Stärkung und der Vertiefung des KSZE-Prozesses, der West-Ost-Zusammenarbeit und der Abrüstung. Dieser Gipfel muß über die künftige Struktur Europas sprechen; soll es konföderal gestaltet werden, und soll diese konföderalistische Ordnung hinzielen auf einen sich langfristig entwickelnden europäischen Föderalismus?

Die Forderung Präsident *Mitterrands* nach einer europäischen Konföderation ist sicher ein konstruktiver Beitrag. Wie sollen die Strukturen kooperativer Sicherheit aussehen? Wir Deutschen werden sagen müssen, wie wir uns die deutsche Zukunft vorstellen. Die Grundelemente des Vertrages über den Weg zur deutschen Einheit in Europa müssen bis dahin deutlich sein.

**Stabilitätspartnerschaft zwischen
Ost und West**

Die KSZE-Gipfelkonferenz kann ihren Beitrag zur Stabilitätspartnerschaft zwischen West und Ost und zur Schaffung einer europäischen Friedensordnung auch damit leisten, daß sie sich auch mit der Einrichtung europäischer Institutionen befaßt. In Frage kommen hierfür:

1. Eine Institution zur Koordinierung der wirtschaftlichen West-Ost-Zusammenarbeit. Die europäische ►

Entwicklungsbank muß auch in diesem Zusammenhang gesehen werden.

2. Eine gesamt-europäische Institution für die Sicherung der Menschenrechte. Die Anwendung der Menschenrechtskonvention des Europarats auf ganz Europa liegt nahe.
 3. Ein Zentrum für die Schaffung eines europäischen Rechtsraumes mit dem Ziel der Rechtsangleichung.
 4. Eine europäische Umweltagentur.
 5. Die Ausdehnung der EUREKA-Zusammenarbeit auf ganz Europa und die Einschränkung von COCOM.
 6. Die Zusammenarbeit der ESA mit entsprechenden Einrichtungen des Ostens.
 7. Ein Zentrum für die Entwicklung einer europäischen Telekommunikationsstruktur.
 8. Ein Zentrum für die Entwicklung einer europäischen Verkehrsinfrastruktur und Verkehrspolitik.
 9. Ein europäisches Verifikationszentrum.
 10. Ein europäisches Konfliktzentrum.
- Der Verstärkung des KSZE-Prozesses könnte außerdem die Schaffung eines Außenministerrats der KSZE-Staaten dienen, der in regelmäßigen Abständen tagt.

Entscheidend wird sein, daß alle Teilnehmerstaaten bereit sind, durch die Vertiefung und Verstärkung des KSZE-Prozesses einen Stabilitätsrahmen und ein Sicherheitsnetz zu schaffen für die vorhersehbaren, aber auch für die nicht vorhersehbaren Entwicklungen in Europa. Dazu gehört die Bekundung aller Teilnehmer, in keiner Phase der Entwicklung einseitige Vorteile zu suchen und Sicherheit nicht gegen-, sondern miteinander zu erstreben.

Wir alle müssen mit aller Energie auf ein gemeinsames europäisches Haus, auf die Europäische Friedensordnung hinarbeiten. In diese Perspektiven muß der deutsch-deutsche Einigungsprozeß eingepaßt werden, ohne daß in Europa schon alles erreicht sein muß, was wir sozusagen in kleinerem Raum vollbringen.

Sorge vor einer dominierenden Rolle der Deutschen

Ich weiß, daß es bei unseren Nachbarn die Sorge vor einer dominierenden Rolle der Deutschen gibt. Diese Sorge ist gegenüber Deutschen in Freiheit und Demokratie unbegründet. Sie kann

noch weiter entkräftet werden durch ein entschlossenes Vorantreiben der Integration in der EG und durch die gesamt-europäische Einbindung, das heißt durch die Einbindung in den KSZE- und Abrüstungsprozeß.

Für den gesamteuropäischen Ein-

igungsprozeß bedarf es aber der konstruktiven und aktiven Mitwirkung aller Beteiligten. Wir Deutschen wollen diese Einbindung. Bei uns wiederum gibt es Stimmen, die die Sorge haben, der KSZE-Gipfel könnte eine Konferenz über Deutschland werden. Ich halte

auch das für unberechtigt, wenn wir Deutschen in beiden Staaten entschlossen sind, daraus eine Konferenz für die Überwindung der Spaltung Europas und damit auch für die deutsche Vereinigung zu machen.

Es wird die deutsche Einheit nicht

ohne Europa, es wird die Einheit Europas nicht um die Deutschen herum geben. Die Deutschen dürfen sich deshalb Europa nicht verweigern, aber die Europäer sollten sich auch nicht Europa verweigern, um den deutsch-deutschen Annäherungsprozeß zu bremsen. Das Zusammenwachsen der Deutschen in einem geordneten europäischen Rahmen ist für die Stabilität Europas genauso wichtig wie ein stabiler Rahmen für die revolutionären Entwicklungen in Mittel- und Ost-Europa.

In einem solchen Stabilitätsrahmen kann sich der deutsche Vereinigungsprozeß, wie er im »Vertrag zur deutschen Einheit in Europa« zu definieren ist, vollziehen, ohne daß es zu einer Kräfteverschiebung oder Destabilisierung in Europa kommt. Wir sind es Gorbatschow und seinen mutigen Entscheidungen schuldig, daß wir für Europa einen stabilen Rahmen schaffen.

Das Angebot der Stabilitätspartnerschaft muß neben der politischen und abrüstungspolitischen Dimension auch die wirtschaftliche Dimension einschließen. Die Bundesrepublik Deutschland

das Volk, Deutschland einig Vaterland« – das darf in einem Europa der Selbstbestimmung und Demokratie von niemandem, von keinem Staat und von keiner Regierung überhört werden.

Ohne Vereinigungsperspektive: Gefahr für die Stabilität Europas

Aber niemand darf übersehen, daß eine DDR mit ihren wirtschaftlichen und politischen Problemen ohne reale Vereinigungsperspektiven zu einer Gefahr für die Stabilität in Europa werden kann. Gorbatschow erkennt das. Niemandem ist damit gedient, wenn die Entwicklung in der DDR der deutsch-deutschen und der europäischen Politik davonläuft. Daß es zu dieser Lage gekommen ist, ist nicht das Ergebnis unverantwortlicher Politik in der Bundesrepublik Deutschland, sondern es ist das Ergebnis von 40 Jahren SED-Politik in der DDR.

Wir suchen nicht den Alleingang und nicht den deutschen Sonderweg. Wir suchen den Weg in europäischer Verantwortung, und wir wollen einen dynamischen Prozeß in Stabilität. Wir appel-



Foto: Harald W. Setzwein

Welche Errungenschaften will die DDR behalten? Die FDP-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher, die Publizistin Carola Stern und Renate Schumacher (v. l. n. r.)

wird ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dafür einsetzen. Und wir sind es den friedlichen Revolutionen der Freiheit schuldig, daß wir ihren Demokratisierungsprozeß nicht durch altes Blockdenken, durch den nationalstaatlichen Egoismus und die Machtpolitik der Vergangenheit aus dem Gleichgewicht bringen.

Eine europäisch gesinnte und bestimmte Bundesrepublik Deutschland stellt sich im Willen zur Einheit der Deutschen und zur Einheit Europas ihrer nationalen und europäischen Verantwortung. Die Deutschen in der DDR sind so gute Europäer wie wir. Alle Staaten in Europa mögen erkennen, daß das Drängen der Deutschen in der DDR nach der deutschen Einheit immer stärker wird. Das trifft sich mit den Empfindungen bei uns. »Wir sind

lieren an unsere Nachbarn in West und Ost, mit uns die europäische Perspektive zu eröffnen.

Wir wollen den deutschen Vereinigungsprozeß in der Perspektive der Integration in der EG, des KSZE-Prozesses, der West-Ost-Stabilitätspartnerschaft und des Baus des gemeinsamen europäischen Hauses. Die Deutschen, die ihre Hoffnung auf Europa setzen, dürfen in ihrer europäischen Gesinnung nicht enttäuscht werden. Das könnte vielleicht andere stärken.

Die Völker Europas sollen wissen, wir Deutschen wollen nichts anderes, als in Frieden und Freiheit mit allen unseren Nachbarn zu leben. Neues Denken und der Wille zu Verantwortung sind auf allen Seiten notwendig – zuallererst bei uns Deutschen – aber nicht nur bei uns. ■